

## Verhärtete Fronten

MONIKA ZECH



Was die sogenannten Antifeministen von sich geben, ist widerlich. Es ist widerlich, Frauen als geldgierige Elemente oder – wie das der Gründer dieser Gruppe gerne tut – als Vogelscheuchen zu bezeichnen. Männer, für die eine Frau nur hübsch auszusehen hat und zu Hause sitzen soll, sind selbst schuld, wenn sie bei einer Scheidung zur Kasse gebeten werden. Schliesslich können solche Frauen nicht plötzlich selber für ihren Lebensunterhalt aufkommen. Aber dank den feministischen Frauen und Müttern gibt es heute auch Männer, die für ihre Kinder da sein und mehr als nur die Rolle des Familienernährers übernehmen wollen. Männer, die wissen, wie man ein krankes Kind behandelt oder wie man einen Eintopf auf den Tisch

*Es gibt heute gute und engagierte Männer, die keinen Rückschritt in die Zeiten ihrer Grossväter wollen.*

bringt. Ja, es gibt wirklich gute, engagierte Männer. Und die wollen keinen Rückschritt in die Zeiten ihrer Grossväter. Diese fordern aber zu Recht bessere Bedingungen für das Leben, das sie führen möchten. Sie wollen familienfreundliche Arbeitsplätze, auch andere Männerbilder als die ewiggestrigen – und sie brauchen Frauen, die mitmachen. Solche, die bereit sind, zum Lebensunterhalt beizutragen, und ihnen gerne die Kinder anvertrauen. Das sollte nun auch in den Gleichstellungsbüros begriffen werden, die sich immer noch am liebsten mit den altbekannten Themen beschäftigen: mit Lohnungleichheit, sexueller Belästigung und so weiter. Unbestritten wichtige Themen. Aber es ist jetzt Zeit, auch an die Männer zu denken. monika.zech@baz.ch



Unterdrückt? Antifeministen und Anti-Antifeministen streiten um die Rollenbilder unserer Zeit. Foto fotolia

## Antifeministen flüchten in Untergrund

Zürcher Treffen wird nach Drohungen am Samstag an einem geheimen Ort durchgeführt

TIMM EUGSTER, Zürich

**Die Antifeministen um den Provokateur René Kuhn geben nicht auf: Sie wollen sich mit ihren Gesinnungsgenossen treffen – jedoch nicht wie geplant in Uitikon, sondern an einem geheimen Ort. Denn linke Aktivisten wollen ihnen «aufs Maul geben», und Uitikon prüfte gar ein Verbot.**

Markus Haubensak, der gebürtige Basler Unternehmer und Besitzer des Event-Gartenlokals Giardino Verde im zürcherischen Uitikon, würde die erwarteten 150 Antifeministen am Samstag von Herzen gerne bei sich beherbergen. Schliesslich ist er selber Mitglied der «Interessengemeinschaft Antifeminismus (IGAF)» und ein «vom Sorgerecht betroffener Vater».

Haubensak ist von der IGAF denn auch als Freund «Tausender rechtloser Väter» gefeiert worden, nachdem das Restaurant Waid die Reservation der Antifeministen storniert hatte. Weil der Wirt nichts mit René Kuhn zu tun haben wollte, der Feministinnen vor einem guten Jahr als «zerlumpte Vogelscheuchen» bezeichnet hatte. Genau wie die Zürcher Kantonalbank, die der Organisation des ehemaligen Präsidenten der SVP Stadt Luzern kein Konto eröffnen wollte.

Doch jetzt hat Haubensak kalte Füsse bekommen. Wie sein Caterer Giuseppe Fry, der am Montag seine Zusage zurückgezogen hat, die Antifeministen in den lauschigen tropischen Gewächshäusern am Üetliberg zu bewirten. «Wir wollen keine Plattform für Gewalt bieten», so Haubensak zur BaZ. Der Gärtnerbesitzer fürchtet wie die Gemeinde Uitikon Schlachten zwischen linken Aktivisten, Antifeministen und Polizisten. Denn seit Tagen rufen linke Aktivisten für Samstag zur «lautstarken» Kundgebung in Uitikon auf, garniert mit Aufrufen wie «Den Antifeministen aufs Maul geben!» oder «Frau Soll: Antifeministen verjagen sinnvoll und toll!» Mitglied im «Bündnis gegen das Antifeminismus-Treffen» ist unter anderem der von gewalttätigen 1.-Mai-Nachdemos bekannte Revolutionäre Aufbau.

Gestern Morgen hat Haubensak bei der Gemeinde Uitikon angefragt, ob sie bei der Suche nach einem Alternativstandort helfen könne. Doch diese dachte nicht daran – sondern prüfte, ob man die Veranstaltung nicht schlicht verbieten könnte. Schliesslich, so Gemeindeschreiber Bruno Bauder, gefährdeten nicht nur die Linksaktivisten

Ruhe und Ordnung, sondern auch die Veranstalter, die sie provozierten. Ein rechtsstaatlicher Balanceakt, der sich Uitikon jetzt sparen kann: Nach einem Verhandlungsmarathon gab die IGAF gestern Abend bekannt, dass sie das Treffen nicht in Uitikon, sondern an einem anderen Ort in der Region Zürich durchführen werde, der den Angemeldeten erst unmittelbar vor Beginn mitgeteilt werden soll.

Doch wo auch immer das Treffen stattfinden wird: Die Linksaktivisten dürften Wind davon kriegen. «Das ist uns absolut klar», räumt Haubensak ein. Und verspricht: «Aber die Polizei wird auch dort sein.»

**NEUER FARBANSCHLAG.** Dass sie ihre Drohungen ernst meinen, haben die Aktivisten bereits in der Nacht auf Montag demonstriert, als sie das Uitiker Gemeindehaus mit einem zur Faust geballten Frauen-Symbol – dem Logo militanter Feministinnen – versprayten. In der Nacht auf gestern wurde nun ein Farbanschlag auf Fassade, Vorplatz und Garagentor des Privathauses des Caterers Giuseppe Fry verübt, wie die Kantonspolizei gestern gegenüber der BaZ be-

stätigte. Unterdessen hat sich auf der Internetplattform Indymedia eine «Aktion gegen IGAF» dazu bekannt. Und bereits am vergangenen Samstag haben rund 50 Männer und Frauen einen Bauzaun bei der Zürcher Sihlpost in 70er-Jahre-Manier kunstvoll mit Slogans gegen die Antifeministen verziert.

Ihre Aktionen begründen die Linksaktivisten mit Zitaten von der Website der Antifeministen wie dem folgenden: «Der Feminismus ist die skrupellose Gewerkschaft bestimmter Frauen mit Minderwertigkeitskomplexen, Größenwahnsinn und verqueren Männlichkeitsphantasien.» Kuhn bezeichnet den Feminismus zudem als «menschenverachtende Ideologie» und rückt ihn symbolisch an den Platz des Nationalsozialismus: Das Logo der IGAF besteht aus einem Männchen, welches das Logo militanter Feministinnen im Papierkorb entsorgt – genau so, wie im Logo der Antifaschisten das Nazi-Symbol im Papierkorb entsorgt wird. Die Linksaktivisten schwingen ihrerseits unterschiedlich die Nazikeule, indem sie den Slogan «Keinen Fussbreit den Faschisten» zu einem «Keinen Fussbreit den Antifeministen» machen.

## Männer fühlen sich diskriminiert

Viele Männer sind unzufrieden, aber mit den Antifeministen solidarisieren wollen sie sich trotzdem nicht

MONIKA ZECH

**Hohe Unterhaltszahlungen und kleines Mitspracherecht bei der Erziehung ihrer Kinder sind die Hauptthemen der Männer, die unzufrieden sind. Aber nicht alle wollen deswegen gegen den Feminismus wettern.**

Der Mann, nennen wir ihn Erich, ist einer der vielen Männer in der Schweiz, dessen Ehe nicht gehalten hat. Erich lebt seit drei Jahren getrennt von Frau und Kind, seine Tochter ist acht Jahre alt. Seit drei Jahren muss Erich mit wenig mehr als dem Existenzminimum auskommen, gut die Hälfte seines Lohns gehört laut Trennungsvereinbarung Frau und Kind. «Ich will, dass es ihnen gut geht, deshalb habe ich diese Vereinbarung unterschrieben», sagt er. Aber eine gewisse Verbitterung ist nicht zu überhö-

ren: «Sie kann den Besitzstand wahren, ich mir nicht mal mehr Ferien leisten.» Zusammen mit ihrem eigenen Lohn habe seine Frau monatlich fast 9000 Franken zur Verfügung. «Frauen fahren bei einer Trennung in der Regel einfach besser», meint Erich, und das sei ungerecht.

**REALITÄT.** Anita Thanei, SP-Nationalrätin und Rechtsanwältin, sieht das etwas anders. «Grundsätzlich sind die Regelungen im Scheidungsrecht geschlechtsneutral, aber die Männer bezeichnen sie als diskriminierend, weil sie nicht von den Tatsachen ausgehen.» Davon, sagt Thanei, dass sich auch während der Ehe mehrheitlich die Mütter um die Kinder kümmern und dass die Gerichte bei ihren Entscheidungen diese Realität berücksichtigen.

«Bei einem Paar, das im partnerschaftlichen Modell gelebt hat, wird das vom Gericht im Fall einer Scheidung berücksichtigt», sagt Thanei. Und wenn beide berufstätig sind, koste es den anderen auch weniger. Andererseits sei die nach wie vor herrschende Lohnungleichheit bei den Frauen der Grund für das immer noch sehr verbreitete traditionelle Rollenmodell. «Es braucht also viele Korrekturen, um eine Änderung hinzukriegen», sagt Thanei.

Um ein paar dieser Korrekturen kümmern sich die Gleichstellungsbüros, dafür sind sie geschaffen worden. Das eidgenössische Büro für Gleichstellung etwa führt die Lohnungleichheit als einen ihrer Themenschwerpunkte auf – und die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz als weiteren. Themen, in denen die

Benachteiligung der Frau im Zentrum steht. Und wo sind die Bedürfnisse der Männer?

Zum einen, antwortet Patricia Schulz, die Präsidentin im Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, habe man vor zwei Jahren eine repräsentative Studie zur sexuellen Belästigung publiziert, die erstmals die Männer nicht nur als Täter, sondern auch als Opfer untersucht. «Es gibt ausserdem zahlreiche Projekte aus dem Erwerbsleben, die wir mit Finanzhilfen unterstützen und von denen ausdrücklich Männer profitieren können», so Schulz.

**ÜBERGANGEN.** Markus Theunert, Präsident bei männer.ch, dem Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen, ist damit nicht zufrieden.

«Der Handlungsbedarf im heutigen Geschlechterdialog ist gross». Die Diskriminierung der Männer – wie etwa bei der Wehrpflicht oder beim Sorgerecht werde heute zu wenig berücksichtigt.

«Es braucht nicht nur Frauenförderungsprojekte, sondern auch Buben- und Männerprojekte», sagt Theunert. Er, der als einziger «Männervertreter» in der eidgenössischen Kommission für Frauenfragen sitzt, ärgert sich denn auch darüber, dass er mit seinem Antrag «für eine geschlechtsneutrale Umbenennung der Kommission» bei seinen Kommissionskolleginnen abgeblitzt ist. «Das Bewusstsein für Männeranliegen ist offenbar noch zu wenig vorhanden.» Dennoch distanziert er sich von den Antifeministen. Er findet «ihre

Fragen zwar berechtigt, aber die Antworten darauf falsch.» Zudem im Ton daneben. Es gehe nicht an, den Feministinnen einseitig die Schuld für das, was falsch läuft, zuzuschreiben.

Selbst Erich, der den finanziellen Beitrag für seine Frau als ungerecht hoch bezeichnet, mag nicht in den Chor der Antifeministen einstimmen: «Das sind Männer, mit denen ich mich nicht solidarisieren kann», sagt er. «Die sehen Frauen hinter dem Herd und als Vorzeigeobjekt.»

Immerhin, ein Anliegen vieler Männer ist auf gutem Weg: Die Botschaft zur Gesetzesänderung für ein gemeinsames Sorgerecht ist gemäss Auskunft beim Eidgenössischen Justizdepartement, die neue Departementschefin Sommaruga werde demnächst darüber entscheiden.